

Zentralbanken setzen trotz Zusammenbruchs grüner Phantasien weiterhin auf Klimaregulierung.

geschrieben von Andreas Demmig | 16. August 2026

WUWT, Gastautor, Tilak Doshi

Am vergangenen Wochenende, als Waldbrände Teile Südeuropas weiterhin verwüsteten, warnte Frank Elderson vom Direktorium der Europäischen Zentralbank in einem Artikel im *Guardian*, dass die „Klima- und Naturkrisen“ nun eine direkte Bedrohung für die „zentrale Finanzstabilität“ und sogar die „zentrale Preisstabilität“ darstellten. Die Zerstörung von Ökosystemleistungen sei keine „weltfremde Umweltschutzaktion“, sondern „zentrale ökonomische Frage“. Die EZB, fügte er hinzu, vertiefe bereits ihre Überprüfung der Engagements von Banken in Bezug auf naturbezogene Risiken; weitere Analysen würden im Laufe des Jahres erwartet.

Dieselbe Institution, die nur zehn Tage zuvor stillschweigend ihren „Klimafaktor“ im „Sicherheitenrahmen des Eurosystems“ auf nichtfinanzielle Unternehmenskredite ausgeweitet hatte. Frühestens ab Ende 2027 werden Kredite an Unternehmen, die als „Übergangsschocks durch den Klimawandel“ ausgesetzt gelten, mit einem zusätzlichen Abschlag von bis zu 5 % belegt. Die Entscheidung vom Juli und Eldersons Rhetorik vom August passen zusammen: Die EZB instrumentalisiert weiterhin die Klimapolitik (und nun auch die Naturpolitik), obwohl sich die empirische, politische und marktwirtschaftliche Lage entscheidend zuungunsten der Klimaalarmisten verschiebt.

Von Waldbränden bis hin zu Wertverlusten bei Sicherheiten

Die EZB weitet ihren Klimafaktor aus, um die EU vor klimabedingten Schocks zu schützen.

Dieser Schritt sendet ein starkes Signal an die EU-Banken, dass Kredite mit einem höheren Risiko im Zusammenhang mit dem Klimawandel weniger wert sind.

27. Juli 2026 | Verfasst von [Moriah Costa](#)

<https://greencentralbanking.com/2026/07/27/ecb-expands-climate-factor/>

Wie Green Central Banking berichtete, wird der Klimafaktor – der

bereits seit Mitte 2025 auf nichtfinanzielle Unternehmensanleihen angewendet wird – nun auch auf Kreditforderungen ausgeweitet, was eine erhebliche Ausweitung seines Strafcharakters bedeutet.

Die EZB stellt dies als bloßes Risikomanagement gegen Schocks durch politische Änderungen, technologische Entwicklungen, verändertes Konsumverhalten, Rechtsstreitigkeiten oder makroökonomische Anpassungen dar. In Wirklichkeit handelt es sich um grüne Industriepolitik unter anderem Namen: die systematische Erhöhung der Kapitalkosten für CO₂-intensive Aktivitäten unter dem Deckmantel des Schutzes der Zentralbankbilanz.

Die Bank von England hat parallel gehandelt. Im Juni schloss sie Anleihen von Kohlebergbauunternehmen von der Förderfähigkeit aus und kündigte Abschlüsse für Sektoren an, die vom [politisch und ideologisch gewünschtem] Übergang zur Klimaneutralität betroffen sind. Beide Institutionen behaupten, lediglich finanzielle Risiken zu adressieren und nicht Kapital zu lenken. Dies ist eine Spitzfindigkeit. Wenn eine Zentralbank umstrittene Klimaszenarien in die Bewertung der Vermögenswerte einbezieht, die Banken zur Liquiditätssicherung verpfänden müssen, verliert sie ihre Rolle als neutraler Kreditgeber letzter Instanz und wird zum Akteur der Klimaindustrie. Zudem bürdet sie einem Privatsektor, der in den meisten westlichen Ländern bereits durch hohe Regulierungskosten belastet ist, zusätzliche Compliance-Kosten auf.

Die Zentralbank als Klimaschutzbeauftragte

Ich habe bereits ausführlich ([hier](#) und [hier](#)) über die fatale Kombination aus Inkompetenz und Übergriffigkeit geschrieben, die entsteht, wenn Zentralbanken sich ESG-Kriterien zuwenden. Mark Carney, der gefeierte „Starbanker“, verkörperte diesen Trend als Gouverneur der Bank of England und später als UN-Sondergesandter. Er drängte Zentralbanken dazu, zu ESG-Aufseher zu werden und berief sich dabei auf Adam Smiths *Theorie der ethischen Gefühle*, um die Übertragung seiner moralischen Überzeugungen auf die Kapitalmärkte zu rechtfertigen. Das Network for Greening the Financial System (NGFS), die Glasgow Financial Alliance for Net Zero (GFANZ) und die Net Zero Banking Alliance (NZBA) entstanden allesamt aus dieser Denkweise und Carneys Bemühungen. Institutionen, deren eng gefasstes Mandat in der Preis- und Wechselkursstabilität durch Zinssätze und Liquidität besteht, wurden in das Geschäft der globalen Rettung hineingezogen.

*Auch wenn es dem „normalen Menschenverstand“ zuwider läuft – hier die Beschreibung des eigenen Sendungsbewusstseins bei **Green Finance***

Warum sollten sich Zentralbanken auf grüne Finanzierung konzentrieren?

Den Zentralbanken kommt eine Schlüsselrolle bei den globalen Bemühungen zur Erreichung der Netto-Null-Ziele und zur Abwendung der Klimakrise zu.

Mit den ihnen bereits zur Verfügung stehenden Instrumenten können Zentralbanken die Geldpolitik und die Kapitalanforderungen anpassen, um Investitionen weg von fossilen Brennstoffen und anderen kohlenstoffintensiven Industrien zu lenken und stattdessen eine Zukunft aufzubauen, die auf grünen Finanzen basiert.

Die wissenschaftlichen Erkenntnisse sind eindeutig: Um eine katastrophale Klimakrise zu verhindern, müssen die globalen Treibhausgasemissionen innerhalb weniger Jahre gestoppt werden. Im Pariser Abkommen haben sich die Staaten auf das Ziel geeinigt, die globale Erwärmung deutlich unter 2 °C, vorzugsweise auf 1,5 °C, zu begrenzen. Der Weltklimarat (IPCC), die Internationale Energiebehörde (IEA) und das Netzwerk für ein grüneres Finanzsystem (Network for Greening the Financial System) haben Wege für die notwendigen Emissionsreduktionen aufgezeigt, um dieses Ziel zu erreichen.

Der Klimawandel fällt in den Aufgabenbereich der Zentralbanken.

Die einzigartige Macht und der Einfluss von Zentralbanken und Aufsichtsbehörden verleihen ihnen eine besondere Verantwortung, die Welt auf diesem Weg zu begleiten. Entgegen anderslautenden Behauptungen fällt die Bewältigung der Klimakrise in den Aufgabenbereich der Zentralbanken, da die langfristige Klimastabilität unerlässlich für die finanzielle, wirtschaftliche und soziale Stabilität ist.

Der Klimawandel bietet auch eine notwendige Gelegenheit, die dualen oder hierarchischen Mandate der Zentralbanken zu unterstützen, sei es das Beschäftigungsmandat der Federal Reserve, das Wirtschaftswachstumsmandat der Chinesischen Volksbank oder das Mandat der Europäischen Zentralbank zur Unterstützung der allgemeinen Wirtschaftspolitik der EU.

Laut IEA erfordert das Erreichen der Klimaneutralität bis 2050 einen drastischen Rückgang der Nachfrage nach fossilen Brennstoffen. Dies bedeutet, dass keine neuen Öl- und Gasfelder, Kohlebergwerke oder deren Erweiterungen benötigt werden. Folglich müssen Investitionen in neue Projekte zur Nutzung fossiler Brennstoffe noch in diesem Jahr eingestellt werden, wenn die globalen Temperaturziele erreicht werden sollen. Dadurch sind solche Projekte extrem anfällig für Fehlinvestitionen.

Gleichzeitig müssen die Investitionen im Zusammenhang mit der Energiewende bis 2030 jährlich um 4 Billionen US-Dollar steigen, wodurch saubere Energie zu einer deutlich intelligenteren Wahl für das mittelfristige Portfoliowachstum wird.

Der Boden unter den Füßen schwankt, doch der Glaube bleibt bestehen.

Die Diskrepanz ist gravierend. Zwar existiert das NGFS noch, ist aber stark geschwächt. Die US-Notenbank Federal Reserve, die FDIC (Federal Deposit Insurance Corporation), das OCC (Office of the Comptroller of the Currency), das Finanzministerium und die FHFA (Federal Housing Finance Agency) zogen sich Anfang bis Mitte 2025 zurück und begründeten dies mit einer Ausweitung ihrer Aufgaben über die gesetzlichen Mandate hinaus. Die GFANZ ist heute stark geschwächt und restrukturiert, aber nicht vollständig zusammengebrochen. Im Januar 2025 gab sie die Verpflichtung zu Netto-Null-Emissionen über Branchenallianzen auf, öffnete die Beteiligung auf weitere Branchen und konzentrierte sich auf die Kapitalmobilisierung, insbesondere in Schwellenländern. Die NZBA ist vollständig zusammengebrochen. Nach einem Massenaustritt großer US-amerikanischer, kanadischer, europäischer und anderer Banken stimmten die verbleibenden Mitglieder im Oktober 2025 für die Einstellung ihrer Geschäftstätigkeit.

Trotz der verstärkten Bemühungen der EZB schrumpft der private ESG-Komplex, der das intellektuelle und finanzielle Gerüst für „grüne Finanzen“ darstellte. Globale nachhaltige Fonds verzeichneten 2025 Nettoabflüsse von rund 84 Milliarden US-Dollar – das erste Jahr mit einem Gesamtrückfluss seit Beginn der systematischen Erfassung durch Morningstar. US-amerikanische nachhaltige Fonds mussten das dritte Jahr in Folge Abflüsse hinnehmen. Aktuellere Daten des Investment Company Institute zeigen, dass Fonds, die nach ESG-Kriterien investieren, allein im Juni 2026 Nettoabflüsse von 1,45 Milliarden US-Dollar verzeichneten.

Das ESG-Label ist in weiten Teilen des amerikanischen Marktes als politisch-toxisch verpönt; Fonds werden schneller geschlossen als neu aufgelegt; Vermögenswerte unter diesem Label stagnieren oder sinken aufgrund regulatorischer Kontrollen und einer im Vergleich zu konventionellen Fonds schwächeren Performance. Was einst als unaufhaltsamer Vormarsch des „Stakeholder-Kapitalismus“ vermarktet wurde, hat sich angesichts höherer Zinsen, der Realitäten im Energiesektor und des politischen Widerstands in den konservativen US-Bundesstaaten als anfällig erwiesen. Am kritischsten ist wohl die Befürchtung, dass ESG-Fondsmanager wegen Verletzung ihrer treuhänderischen Pflichten gegenüber den Begünstigten rechtlich belangt werden könnten.

Dieser Rückzug des privaten Marktes fällt mit einem breiteren Positionswechsel im Lager der Klimaaktivisten zusammen – einem Wandel, den die EZB, Brüssel und ihre grünen Verbündeten **offenbar bewusst ignorieren**. Im April 2026 zog das internationale Komitee, das für die Szenarien des Siebten Sachstandsberichts des IPCC zuständig ist, die

Extremszenarien, darunter RCP8.5 und seine SSP-Äquivalente, offiziell zurück. Roger Pielke Jr. und andere hatten jahrelang dokumentiert, dass RCP8.5 – welches von Aktivisten, Medien und sogar einigen Zentralbank-Stresstests lange als „Business as usual“ betrachtet wurde – auf unplausiblen Annahmen zu Kohleverbrauch, Bevölkerungswachstum und technologischer Stagnation beruhte.

Die Szenario-Entwickler des IPCC selbst haben es nun als „unplausibel“ bezeichnet. Die extremen Erwärmungsszenarien, die Billionen an Investitionen in grüne Technologien, Strafmaßnahmen und die gesamte Architektur des Europäischen Green Deals rechtfertigten, wurden stillschweigend zurückgenommen. Die drohende Apokalypse ist abgewendet; was bleibt, ist ein weitaus weniger alarmierendes Spektrum an möglichen Ergebnissen, das den wirtschaftlichen Selbstschaden, den die europäische Industrie und die Haushalte derzeit erleiden, in keiner Weise rechtfertigt.

Gleichzeitig hat die zweite Trump-Administration eine anhaltende Gegenoffensive gegen die globalistische Klimaagenda an mehreren Fronten gestartet. Finanzminister Scott Bessent hat die Weltbank und den IWF besonders effektiv in ihre Schranken gewiesen. Er kritisierte öffentlich deren Ausweitung auf Klima-, Gleichstellungs- und Sozialfragen und forderte sie auf, sich wieder auf ihre Kernaufgaben: Armutsbekämpfung, Wirtschaftswachstum und Finanzstabilität zu konzentrieren. Unter dem anhaltenden Druck der USA als größtem Anteilseigner gab die Weltbank ihr Ziel, 45 % ihrer Kredite in klimabezogene Projekte zu lenken, formell auf. Die Institution wird nun dazu angehalten, bezahlbare und zuverlässige Energie – einschließlich fossiler Brennstoffe – zu finanzieren, anstatt willkürliche grüne Quoten zu verfolgen, die die Entscheidungsfindung verzerren und Ressourcen von Gesundheit, Bildung und grundlegender Infrastruktur in Entwicklungsländern abziehen. Der IWF integriert seine Abteilungen für Klima und Gleichstellung in seine konventionellen makrofinanziellen Tätigkeiten.

Hierbei handelt es sich nicht um geringfügige bürokratische Anpassungen; sie stellen eine entschiedene Ablehnung der Idee dar, dass multilaterale Entwicklungsfinanzierung dazu dient, die **westliche Netto-Null-Orthodoxie dem globalen Süden aufzuzwingen**.

Sogar Zentralbanken gehorchen den Gesetzen der Physik und Ökonomie.

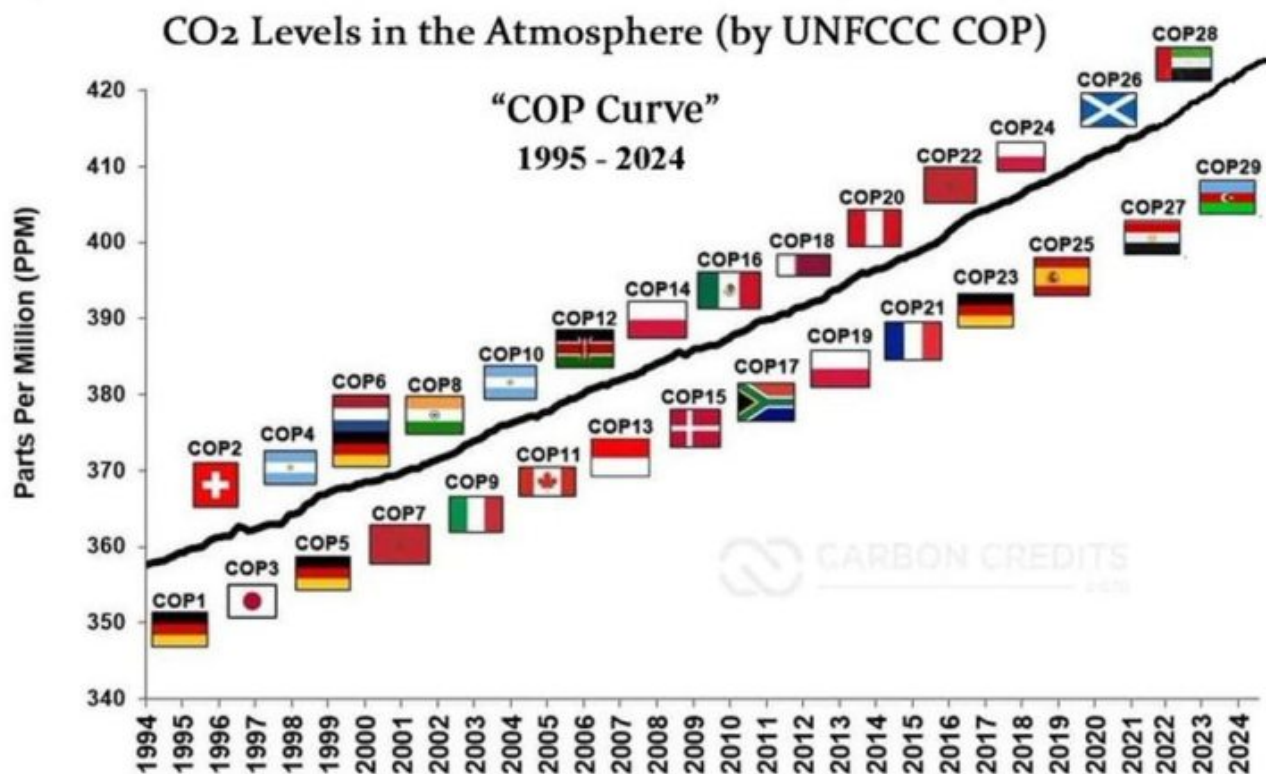
Trotz dieser tiefgreifenden Veränderungen – dem wissenschaftlichen Rückzug von Extremszenarien, der politischen Ablehnung in den USA, der Kapitalflucht aus ESG-Kriterien und den zunehmenden Beweisen für wirtschaftliche Schäden durch die Dekarbonisierung – hält die EZB an ihrem Kurs fest. Christine Lagarde der EZB behandelt, ähnlich wie die Bank of England, das „Klimawandelrisiko“ weiterhin als Naturgewalt, die defensive, präventive Finanzmaßnahmen der Expertenklasse erfordert, anstatt es als das weitgehend politisch bedingte Phänomen zu begreifen – das es in Wirklichkeit ist und von der Expertenklasse selbst

herbeigeführt wird.

Das „Übergangsrisiko“ ist keine physische oder technologische Unvermeidlichkeit, entgegen Al Gores apokalyptischen Vorhersagen vor 20 Jahren. Es ist das Risiko, das von Regierungen geschaffen wird, die durch Regulierungen, CO₂-Bepreisung und Subventionsprogramme, die auf den bereits überholten Szenarien des IPCC basieren, drohen, Vermögenswerte wertlos werden zu lassen. Zentralbanken, die diese Bedrohungen durch Abschlüsse auf Sicherheiten verstärken, managen kein Risiko – sie erzeugen es.

Die tieferliegende Problematik ist institutioneller Natur. Sobald Zentralbanken der Meinung sind, dass ihr Aufgabenbereich die Steuerung des Energiemixes und die Bewertung von „Ökosystemleistungen“ umfasst, fehlt ein kohärentes Abgrenzungsprinzip. Naturbezogene Risiken, Biodiversität, soziale Gerechtigkeit und jede weitere progressive Priorität können als „finanzielle Risiken“ dargestellt werden, die ihre [der Zentralbanken] aufsichtsrechtlichen Eingriffe erfordern. Preis- und Währungsstabilität treten in den Hintergrund; die demokratische Rechenschaftspflicht dem Souverän gegenüber, wird geschwächt. Zentralbanken werden zu den finanziellen Vollstreckern der grünen Agenda.

Europäische Haushalte leiden bereits unter den Folgen hoher Energiekosten, dem Druck der Deindustrialisierung und dem Wettbewerbsnachteil gegenüber den USA und Asien, wo reichlich Energie nach wie vor strategische Priorität hat. Die stärkere Einbeziehung von Klima- (und Natur-) Faktoren in die Finanzierungsstruktur wird diese Trends verstärken, indem sie die Kapitalkosten für genau jene Sektoren erhöht, die den Kontinent weiterhin mit Energie versorgen und den Wohlstand erhalten.



Der Klimaindustrie-Komplex zeigt bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit. Fünfzig Jahre gescheiterter Klimaprognosen spielen keine Rolle. Profiteure in den Schaltstellen überspielen das Scheitern aufeinanderfolgender Klimakonferenzen, die keinerlei nennenswerte Emissionsreduktionen erreichen konnten. Sie überstehen die wirtschaftlichen Kosten des europäischen Klimaexperiments, selbst wenn dieses für den Durchschnittshaushalt unerträglich geworden ist. Und er scheint auch das stille Begräbnis seiner bevorzugten, von der UNO abgesegneten Extremszenarien und die Trump'sche Energiewende zu überstehen. Doch Kapital ist mobil, die Wähler sind unruhig, und die physische und wirtschaftliche Realität – der Bedarf an reichlich vorhandenen fossilen Brennstoffen, die parasitäre Unbeständigkeit erneuerbarer Energien, der immense Materialaufwand und die Kosten des Programms zur „Energiewende“ – beugt sich nicht institutionellen Anordnungen, selbst wenn Zentralbanken die treibende Kraft sind.

Die jüngsten Manöver der EZB und Eldersons begleitende Rhetorik gleichen einem verzweiferten Abwehrkampf einer grünen Elite, die zwar die sich verändernde Lage erkennt, sich aber nicht von ihrem Glauben lösen kann. Zentralbanken müssen zu ihren eigentlichen, begrenzten Aufgaben zurückgeführt werden: niedrige Inflation, Währungskonvertibilität und Finanzbedingungen, die niedrige, unternehmensfreundliche und wirtschaftswachstumsfördernde Zinsen ermöglichen.

Dieser Artikel wurde zuerst im Daily Sceptic veröffentlicht:

<https://dailysceptic.org/2026/08/08/central-banks-double-down-on-climate-regulation-despite-collapse-of-green-finance/>

<https://wattsupwiththat.com/2026/08/10/central-banks-double-down-on-climate-regulation-despite-collapse-of-green-finance/>